

PARTEIEN

Der Wutgroßbürger

Die Rettungsschirmpolitik bringt die konservative und die liberale Basis gegen die Regierung auf. Anführer der Euro-Gegner ist Hans-Olaf Henkel. Er liebäugelt mit einer neuen Partei.

Am Ticketschalter der Halle Münsterland ist neben Cindy aus Marzahn und Europas größter Kegelparty jetzt auch Hans-Olaf Henkel im Angebot. Mit 71 Jahren geht der ehemalige IBM-Manager und Industrielobbyist auf seine erste Bühnentournee. Für den Anfang sind Auftritte in Münster, Hamburg und Berlin eingeplant. Bei Eintrittspreisen von bis zu 25 Euro ist der Kartenvorverkauf gut angelaufen.

Die Tournee ist der vorläufige Höhepunkt einer Kampagne, die Henkel gegen die Euro-Politik der schwarz-gelben Koalition führt. Je größer die Rettungsschirme für bedrohte Schuldenstaaten werden, desto lauter zieht er über die „Euromantiker“ und „Abwracker“ her. Ob in der Bundesregierung, im Bundestag, bei den großen Wirtschaftsverbänden oder in den Medien: überall Verrat am deutschen Steuerzahler. Henkel spricht von „Untreue“, „Betrug“ und „Putsch“. „Deutschland wird ausverkauft“, so der Untertitel seines Buchs „Rettet unser Geld!“, das demnächst als Taschenbuch erscheint. Für die neue Ausgabe hat Henkel seine Thesen noch einmal geschärft.

Der Senior ist zum Helden einer großbürgerlich-liberalen Apo geworden, die sich von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Vizekanzler Philipp Rösler betrogen fühlt und bei Union und FDP keine politische Heimat mehr sieht. Der Verband der Familienunternehmer gehört ebenso zum Henkel-Fanclub wie die stockkonservative Zivile Koalition für Deutschland, deren Vorsitzende Beatrix von Storch, geborene Herzogin von Oldenburg, bislang dafür stritt, Ostdeutschlands Schlösser den Junkern rückzuübergeben. Ex-Bundesbanker Thilo Sarrazin sagt, man solle Henkels Buch „zur Pflichtlektüre für jeden Bundestagsabgeordneten machen, damit der Bundesregierung endlich mal die richtigen Fragen gestellt werden“.

Der Groll auf die etablierten Parteien sitzt so tief, dass bereits über eine neue Partei debattiert wird, mit Henkel als Aushängeschild. Der wäre nicht abgeneigt, wie er am Mittwoch vergangenen

Woche bei einem Auftritt vor 300 geladenen Gästen im Berliner First-Class-Hotel Schweizerhof erklärte. „Wir sollten der FDP noch eine Chance geben“, so Henkel. „Aber wenn das nicht klappt, dann brauchen wir einen neuen Partner, und da stehe ich zur Verfügung, meine Damen und Herren.“

Bei seinen früheren Weggefährten kann sich Henkel ohnehin kaum noch blicken lassen. Das Verhältnis zur FDP-Spitze ist zerrüttet. In einer Talkshow gab er Außenminister Guido Westerwelle den Rat, die Bundesregierung solle sich nicht ständig von den Franzosen betupfen lassen – seither haben die beiden keinen Kontakt mehr. Den liberalen Ehrenvorsitzenden Hans-Dietrich Genscher nennt Henkel ein Ärgernis. Bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus blieb er zum ersten Mal zu Hause. Die FDP sei für ihn nicht wählbar.

Auch mit dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), den Henkel immerhin sechs Jahre lang anführte, bevor er 2001 Präsident der Leibniz-Ge-



Koalitionskritiker Henkel: „Ich stehe zur Verfügung“



Demonstranten bei Anti-Euro-Protesten am 17.

meinschaft wurde, liegt er heute im Streit. BDI-Chef Hans-Peter Keitel distanzierte sich vergangene Woche öffentlich von „populistischer Stimmenfängerei“. Namentlich erwähnte er Henkel zwar nicht. Aber alle wussten, wer gemeint war. Henkel sei zu einer Belastung geworden, hieß es hinter vorgehaltener Hand. Er müsse daran gehindert werden, unter dem BDI-Logo aufzutreten, dabei aber das genaue Gegenteil der Verbandslinie zu vertreten.

Henkels Gegner halten ihm vor, früher selbst ein glühender Befürworter des Euro gewesen zu sein. Tatsächlich hatte dieser als BDI-Funktionär jahrelang verkündet, dass die europäische Währungsunion der deutschen Wirtschaft nichts als Vorteile bringe. Doch während die Kritiker ihn jetzt als Wendehals bezeichnen, der aus reinem Populismus gegen den Euro hetze, stellt sich Henkel als aufrichtig geläutert dar: „Ja, ich habe einen Fehler gemacht und die Sache damals völlig falsch eingeschätzt.“ Aber jetzt sei er klüger geworden und könne anderen nur raten, es ihm gleichzutun.

Henkel sitzt in der Nachmittagssonne im üppigen Dachgarten seiner Wohnung in der Berliner Friedrichstraße. Tags zuvor hat er eine Wäscheleine engmaschig über seinen Gartenteich gespannt. Henkel sagt, er müsse einem Graureiher das Handwerk legen, der zuletzt ständig versucht habe, die Goldfische aufzufressen.

MAURICE WEISS / DER SPIEGEL



September in Stuttgart: „Deutschland wird ausverkauft“

In Europa, so wie Henkel es beschreibt, ist Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy der Graureiher. Henkel glaubt, dass die europäischen Finanzhilfen für Griechenland in Wahrheit ein von Sarkozy geschmiedetes Komplott zur Rettung französischer Banken seien. Die Goldfische sind die deutschen Steuerzahler. Und während Henkel seinen Teich mit Spannleinen zu schützen versucht, wirft die Bundesregierung den Franzosen das Geld der Steuerzahler zum Fraß vor.

Der Vorschlag, mit dem Henkel jetzt auf Tournee geht, sieht daher eine Teilung Europas in zwei Zonen vor, die „auch die Mentalitätsunterschiede der betroffenen Länder widerspiegeln“. Deutschland, die Benelux-Staaten, Österreich und Finnland bilden die Nordzone, der später auch Schweden, Dänemark und Tschechien beitreten dürfen. Hier übt man Haushaltsdisziplin, hält sich an enge Schuldengrenzen und achtet auf eine stabile Währung, die „Mark“ heißen könnte, „Gulden“ oder „Nordo“.

Die Südzone besteht aus „Olivenländern“ (Henkel) wie Frankreich, Spanien, Italien und all den anderen Staaten, deren Bewohner nach Henkels Ansicht nicht mit Geld umgehen können. Sie bekämen eine eigene Notenbank. Die Druckerpressen könnten nur so rattern. Die weiche Euro-Variante des Südens, womöglich „Südo“ genannt, „entspräche der Ausgabefreude und dem währungstechni-

schon Improvisationstalent dieser Länder“, so Henkel.

Dass die meisten Ökonomen in Deutschland den Zwei-Zonen-Plan offenbar für dermaßen gaga halten, dass sie ihn bislang nicht einmal mit einer Debatte würdigen, findet Henkel, wie er selbst sagt, „frustrierend“. Er sieht sich als Opfer der politischen Korrektheit, als Euro-Sarrazin. Nur unter vier Augen sage ihm so mancher, wie recht er doch habe.

Henkel sagt, er lebe inzwischen in zwei völlig verschiedenen Welten. Beim politischen Establishment sei er unten durch. Aus der Bevölkerung schlage ihm eine Woge der Sympathie entgegen. Er könne sich kaum retten vor Anfragen. Noch nie habe er so viel Post bekommen wie jetzt. Auch die Meinungsumfragen sagten ihm, dass er auf dem richtigen Weg sei.

Tatsächlich kommen Henkels Thesen an der Basis von Union und FDP besser an, als es den Spitzenleuten der Parteien recht sein kann. Aus Stuttgart melden sich Mitglieder eines Aktionsbündnisses Direkte Demokratie, das vor zwei Wochen bereits eine Anti-Euro-Demonstration veranstaltete, darunter mehrere FDP-Leute. Die Teilnehmerzahl reichte noch nicht an die Proteste gegen den geplanten Bahnhof Stuttgart 21 heran. Aber das würde sich mit Henkel als Stargast womöglich ändern.

Der Verein Die jungen Unternehmer, eine Nachwuchsorganisation des Mittelstandsverbands Die Familienunterneh-

mer, projizierte kürzlich mit einem lichtstarken Beamer „Euro-Rettung – So nicht!“ auf die Fassade des Kanzleramts. Eine weitere Nacht verbrachten die Juniorchefs damit, den Schriftzug mit Schablone und Sprühkreide auch auf den Gehwegen zu verbreiten. Dass ein Regenguss alle Spuren verwischte, noch bevor die Berliner zur Arbeit gingen, tat der Begeisterung keinen Abbruch.

Eine Online-Kampagne auf der Internetseite „Abgeordnetencheck“ hat derweil schon mehr als 200 000 Menschen dazu gebracht, Protest-E-Mails mit der Betreffzeile „Stoppt EU-Schuldenunion“ an die Abgeordneten des Bundestags zu schicken. Hinter der Kampagne steckt die Zivile Koalition der Adelslobbyistin Storch, bei der Henkel vergangene Woche bereits als möglicher Spitzenkandidat einer noch zu gründenden Partei gefeiert wurde. Zum Kreis der Applaudierenden gehörten Karl Feldmeyer, ehemals Leitartikler der „Frankfurter Allgemeinen“, und Vera Lengsfeld, Ex-CDU-Bundestagsabgeordnete.

Henkel sagt, er denke noch darüber nach, welche konkreten Handlungsempfehlungen er den Besuchern seiner Bühnenshows am Ende mit auf den Weg gebe. Eine Parteigründung wäre eine Option. Eine andere, die FDP zu kapern. Das Veranstaltungsplakat lässt alle Möglichkeiten offen: „Hans-Olaf Henkel: Die Alternative“.

ALEXANDER NEUBACHER